



Chemnitzer  
Siedlungsgemeinschaft eG



# Wahlordnung

---

2024

... genau *mein* Stil  
wohnen.sparen.



# Wahlordnung

## Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG

(neue Fassung ab 25.04.2024)

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird das generische Maskulin verwendet und auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter. Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

### § 1 Wahlvorstand

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl von Vertretern und Ersatzvertretern sowie alle damit zusammenhängenden Entscheidungen wird ein Wahlvorstand bestellt.
- (2) Der Wahlvorstand besteht aus 5 Personen und setzt sich zusammen aus
  - 1 Mitglied des Vorstandes (bestelltes Mitglied)
  - 1 Mitglied des Aufsichtsrates (bestelltes Mitglied)
  - 3 Mitgliedern der Genossenschaft, die weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat angehören (gewählte Mitglieder).
- (3) „Die Mitglieder des Wahlvorstandes, die dem Vorstand oder Aufsichtsrat angehören, werden von Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung bestellt. „Die gewählten Mitglieder werden von der Vertreterversammlung gewählt; für die Wahl gilt § 34 Abs. 6 der Satzung bezüglich der Wahlen zum Aufsichtsrat entsprechend.
- (4) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer.
- (5) „Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder bei der Beschlussfassung anwesend ist. „Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. „Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen. „Diese sind von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter sowie einem Mitglied zu unterzeichnen. „Beschlüsse des Wahlvorstandes können auch schriftlich oder im Wege von Fernkommunikationsmedien (beispielsweise per Telefon, E-Mail oder Videokonferenz), auch ohne Einberufung einer Sitzung gefasst werden, wenn alle Mitglieder des Wahlvorstandes diesem Verfahren zustimmen.
- (6) „Der Wahlvorstand soll vor jeder Neuwahl zur Vertreterversammlung gebildet werden. „Er bleibt jedoch bis zur Neubildung eines Wahlvorstandes im Amt. „Scheiden Mitglieder vorzeitig aus dem Wahlvorstand aus, so werden neue Mitglieder des Wahlvorstandes in der folgenden Vertreterversammlung nachgewählt bzw. in der folgenden gemeinsamen Sitzung von Aufsichtsrat und Vorstand bestellt.



## § 2 Aufgaben des Wahlvorstands

- (1) Der Wahlvorstand hat unter Beachtung der Satzungsbestimmungen zur Vertreterversammlung insbesondere folgende Aufgaben:
  1. die Feststellung der wahlberechtigten Mitglieder,
  2. die Feststellung der Zahl der zu wählenden Vertreter,
  3. die Festlegung der Zahl der zu wählenden Ersatzvertreter,
  4. die Entscheidung über die Form der Wahl,
  5. die Festsetzung der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen,
  6. die Bekanntmachung der Vorbereitung und Durchführung der Wahl gemäß § 6 Abs. 2,
  7. die Feststellung und Bekanntmachung der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter,
  8. die Behandlung von Anfechtungen der Wahl.
- (2) Der Wahlvorstand kann zu Erfüllung seiner Aufgaben Wahlhelfer heranziehen.

## § 3 Wahlberechtigung

- 1) <sup>1</sup>Wahlberechtigt ist jedes bei der bis zum Tag der Wahlbekanntmachung auf Beschluss des Vorstandes zugelassene Mitglied. <sup>2</sup>Ausgeschlossene Mitglieder haben ab dem Zeitpunkt der Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung kein Wahlrecht mehr.
- (2) <sup>1</sup>Das Mitglied übt sein Stimmrecht persönlich aus. <sup>2</sup>Das Stimmrecht geschäftsunfähiger oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkter natürlicher Personen sowie das Stimmrecht von juristischen Personen wird durch ihre gesetzlichen Vertreter, das Stimmrecht von Personengesellschaften durch die Vertretung ermächtigte Gesellschafter ausgeübt. <sup>3</sup>Mehrere Erben eines verstorbenen Mitglieds üben ihr Stimmrecht durch einen gemeinschaftlichen Vertreter aus (§ 9 Abs. 1 der Satzung). <sup>4</sup>Für die schriftliche Bevollmächtigung zur Ausübung des Wahlrechts gilt § 31 Abs. 3 der Satzung. <sup>5</sup>Wahlberechtigte Vertreter des Mitgliedes oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des Wahlvorstandes nachweisen.
- (3) Soweit ein gesetzlicher Vertreter oder Bevollmächtigter im Sinne von Abs. 2 das Stimmrecht für ein Mitglied ausübt, hat der Vertreter oder der Bevollmächtigte auch darüberhinausgehende Rechte und Pflichten des Mitgliedes mit Wirkung für und gegen das Mitglied wahrzunehmen.

## § 4 Wählbarkeit

- (1) <sup>1</sup>Wählbar ist jede natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die Mitglied der Genossenschaft ist und nicht dem Vorstand oder Aufsichtsrat angehört. <sup>2</sup>Ist ein Mitglied der Genossenschaft eine juristische Person oder eine Personengesellschaft, kann jeweils eine natürliche Person, die zu deren gesetzlicher Vertretung befugt sind, als Vertreter gewählt werden.
- (2) Nicht wählbar ist ein Mitglied ab dem Zeitpunkt der Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung.



## § 5 Wahlbezirke und Wählerlisten

- (1) 

Der Wahlvorstand beschließt für die nächste Vertreterwahl, welche Wahlbezirke auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat gebildet werden. Dabei sind auch die Mitglieder zu berücksichtigen, die nicht mit Wohnraum versorgt sind. Die Wahlbezirke sollen möglichst zusammenhängende Wohnbezirke umfassen. In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlvorstand, welchem Wahlbezirk ein Mitglied gehört. Die Bildung nur eines Wahlbezirkes ist zulässig.
- (2) 

Der Wahlvorstand stellt für jeden Wahlbezirk eine Liste der nach § 3 Abs. 1 bekannten Wahlberechtigten auf (Wählerliste). Diese wird nach Maßgabe des § 6 Abs. 2 in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsicht für die Mitglieder ausgelegt und erforderlichenfalls ergänzt.
- (3) 

Der Wahlvorstand stellt fest, wie viele Vertreter in den einzelnen Wahlbezirken entsprechend der sich nach § 31 Abs. 4 der Satzung ergebenden Mindestzahl zu wählen sind. Maßgebend ist die Zahl der Mitglieder am letzten Tag des der Wahl vorhergegangenen Geschäftsjahres.
- (4) 

Der Wahlvorstand stellt fest, wie viele Ersatzvertreter gemäß § 31 Abs. 4 der Satzung in den einzelnen Wahlbezirken zu wählen sind.

## § 6 Ort und Zeit der Wahl, Bekanntmachung

- (1) 

Der Wahlvorstand hat Ort und Zeit der Wahl zu bestimmen.
- (2) 

Der Wahlvorstand hat den Mitgliedern rechtzeitig alle die Wahl zur Vertreterversammlung betreffenden Daten, Fristen und Unterlagen bekannt zu machen. Bekanntmachungen erfolgen durch Auslegung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsicht für die Mitglieder. Auf die Auslegung ist im Internet unter der Adresse [www.siedlungsgemeinschaft.de](http://www.siedlungsgemeinschaft.de) sowie im „Klopfsymbol“ der Genossenschaft hinzuweisen.

## § 7 Kandidaten und Wahlvorschläge

- (1) 

Der Wahlvorstand und jedes Mitglied können Kandidaten zur Wahl als Vertreter vorschlagen. Der Vorschlag muss jeweils den Nachnamen, Vornamen und die Anschrift sowie die Telefonnummer und/oder E-Mailadresse des vorgeschlagenen Mitgliedes angeben. Dem Vorschlag ist eine Erklärung des Vorgeschlagenen beizufügen, dass er mit seiner Benennung einverstanden ist sowie eine vom Vorgeschlagenen unterschriebene Erklärung, dass er die zum Zeitpunkt der Abgabe des Wahlvorschlags aktuellen „Datenschutzhinweise Vertreterwahl“ zur Kenntnis genommen hat. Die Einzelheiten, insbesondere die erforderlichen personenbezogenen Daten ergeben sich aus den in Satz 3 genannten Datenschutzhinweisen.
- (2) 

Der Wahlvorstand prüft die von den Mitgliedern eingereichten Wahlvorschläge.
- (3) 

Der Wahlvorstand stellt die Vorschläge nach den einzelnen Wahlbezirken zusammen und gibt diese gemäß § 6 Abs. 2 bekannt.



## § 8 Durchführung der Wahl, Stimmzettel

- (1) <sup>1</sup>Die Vertreter und Ersatzvertreter werden in geheimer Wahl gewählt. <sup>2</sup>§ 31 Abs. 4 der Satzung gilt entsprechend.
- (2) Die Wahl wird als Briefwahl (§ 9) durchgeführt.
- (3) Die Stimmabgabe erfolgt mittels papierhaften Stimmzettels.
- (4) Es ist zu gewährleisten, dass jedes Mitglied sein Stimmrecht nur einmal ausübt.
- (5) Die Wahl nach gebundenen Listen ist ausgeschlossen.
- (6) <sup>1</sup>Der Stimmzettel muss die Nachnamen und Vornamen der für den einzelnen Wahlbezirk aufgestellten Kandidaten enthalten. <sup>2</sup>Soweit Vor- und Nachname von zwei oder mehreren Kandidaten gleich lauten, muss der Stimmzettel auch jeweils die Anschrift der Kandidaten enthalten.
- (7) <sup>1</sup>Der Wähler kreuzt auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten an, denen er seine Stimme geben will. <sup>2</sup>Er darf nur höchstens so viele Namen ankreuzen, wie Vertreter und Ersatzvertreter zu wählen sind.

## § 9 Briefwahl

- (1) Der Wahlvorstand gibt den Zeitpunkt bekannt, bis zu dem spätestens die schriftliche Stimmabgabe beim Wahlvorstand eingegangen sein muss.
- (2) Der Wahlvorstand übermittelt den am Tag der Wahlbekanntmachung bekannten Mitgliedern unaufgefordert nachfolgende Wahlunterlagen
  - a) einen Freiumschlag (Wahlbrief), der mit dem Wahlbezirk gekennzeichnet ist,
  - und
  - b) einen Stimmzettel mit neutralem Stimmzettelumschlag.
- (3) <sup>1</sup>Hat ein Mitglied die Wahlunterlagen nicht erhalten, so hat es sich zur Übermittlung von Ersatzwahlunterlagen rechtzeitig an den Wahlvorstand zu wenden. <sup>2</sup>Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die Ausgabe von Ersatzwahlunterlagen ist in der Wählerliste zu vermerken.
- (5) <sup>1</sup>Der vom Mitglied ausgefüllte Stimmzettel ist in den zu verschließenden Stimmzettelumschlag zu legen. <sup>2</sup>Der verschlossene Stimmzettelumschlag ist in den Wahlbrief zu legen. <sup>3</sup>Der Wahlbrief ist so rechtzeitig an die vorgegebene Adresse zu übersenden, dass dieser fristgerecht zu dem vom Wahlvorstand festgesetzten Zeitpunkt nach Abs. 1 eingeht.
- (6) <sup>1</sup>Die eingegangenen Wahlbriefe sind ungeöffnet nach näherer Bestimmung des Wahlvorstandes ordnungsgemäß zu verwahren. <sup>2</sup>Ihre Anzahl der eingegangenen Wahlbriefe ist für jeden Wahlbezirk gesondert festzuhalten. <sup>3</sup>Die nicht ordnungsgemäß gekennzeichneten Wahlbriefe sind mit dem Vermerk „ungültig“ zu versehen.



- (7) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand stellt die Anzahl der ihm übermittelten Wahlbriefe - bezogen auf den Bezirk - in einer Niederschrift fest. <sup>2</sup>Bei ungültigen Wahlbriefen gilt die Stimme als nicht abgegeben. <sup>3</sup>Der Wahlvorstand vermerkt die Stimmabgabe in der Wählerliste entsprechend. <sup>4</sup>Danach sind die Stimmzettelumschläge dem Wahlbrief zu entnehmen. <sup>5</sup>Der Wahlvorstand prüft deren Gültigkeit anhand der Vorgaben gemäß Abs. 2 und 5. <sup>6</sup>Die Wahlbriefe sind zu vernichten. <sup>7</sup>Die Anzahl der gültigen und der ungültigen Stimmzettelumschläge ist in der Niederschrift festzuhalten.

## § 10 Ermittlung des Wahlergebnisses

- (1) Zur Ermittlung des Wahlergebnisses prüft der Wahlvorstand die Gültigkeit jedes Stimmzettels und nimmt am Tag der Stimmauszählung die Stimmenzählung vor.
- (2) Ungültig sind Stimmzettel,
- a) die nicht oder nicht allein in dem Stimmzettelumschlag abgegeben worden sind,
  - b) die nicht mit dem Stimmzettel übereinstimmen, der dem Wahlberechtigten ausgehändigt wurde, insbesondere andere als in den Wahlvorschlägen aufgeführte Namen enthalten,
  - c) die mehr angekreuzte bzw. markierte Namen enthalten als Vertreter und Ersatzvertreter zu wählen sind,
  - d) aus denen der Wille des Abstimmenden nicht eindeutig erkennbar ist,
  - e) die mit Zusätzen oder Vorbehalten versehen sind.
- (3) Die Ungültigkeit eines Stimmzettels ist durch Beschluss des Wahlvorstandes festzustellen.

## § 11 Niederschrift über die Wahl

- (1) <sup>1</sup>Über den Ablauf und das Ergebnis der Wahlhandlungen ist eine Niederschrift anzufertigen. <sup>2</sup>Dieser sind die gültigen Stimmzettel sowie die Stimmzettel, die vom Wahlvorstand für ungültig erklärt worden sind, als Anlage beizufügen.
- (2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder seinem Stellvertreter sowie einem weiteren Mitglied des Wahlvorstandes zu unterzeichnen und für die Dauer der Wahlperiode vom Wahlvorstand zu verwahren.

## § 12 Feststellung der Vertreter und Ersatzvertreter

- (1) Aufgrund der zugelassenen Wahlvorschläge und der Niederschriften über die Wahlhandlungen stellt der Wahlvorstand innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl die gewählten Vertreter und Ersatzvertreter durch Beschluss fest.
- (2) Als Vertreter sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen die Mitglieder gewählt, die jeweils die meisten Stimmen – bezogen auf den Bezirk – erhalten haben.
- (3) Als Ersatzvertreter sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen die Mitglieder gewählt, die nach den Vertretern jeweils die meisten Stimmen – bezogen auf den Bezirk – unter Beachtung von § 5 Abs. 4 erhalten haben.
- (4) Bei Mitgliedern, die die gleiche Stimmenzahl erhalten haben, entscheidet über die Reihenfolge im Sinne von Abs. 2 und 3, und damit ihre Zuordnung als Vertreter oder Ersatzvertreter das Los.



- (5) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand hat die als gewählt festgestellten Vertreter und Ersatzvertreter unverzüglich über ihre Wahl zu unterrichten. <sup>2</sup>Die Gewählten haben nach ihrer Benachrichtigung unverzüglich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.
- (6) <sup>1</sup>Fällt nach der Wahl ein Vertreter vorzeitig weg durch
- Niederlegung des Amtes als Vertreter,
  - Ausscheiden aus der Genossenschaft,
  - Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung, so tritt an seine Stelle der Ersatzvertreter entsprechend der Reihenfolge nach Abs. 3. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn der als Vertreter Gewählte vor der Annahme der Wahl ausscheidet (§ 31 Abs. 7 der Satzung).
- (7) Steht in einem Wahlbezirk kein Ersatzvertreter mehr zur Verfügung, so dürfen Ersatzvertreter anderer Wahlbezirke, die der Wahlvorstand bestimmt, entsprechend der Reihenfolge nach Abs. 3 nachrücken.
- (8) Sind alle Ersatzvertreter der Wahlbezirke weggefallen, kann eine Nachwahl der Ersatzvertreter durchgeführt werden, um zu vermeiden, dass die Zahl der Vertreter unter die Mindestzahl gemäß § 31 Abs. 1 der Satzung sinkt.

### § 13 Bekanntgabe der Vertreter und Ersatzvertreter

<sup>1</sup>Der Wahlvorstand hat die Liste mit Nachnamen, Vornamen sowie den Anschriften, Telefonnummern und/oder E-Mailadressen der Vertreter und Ersatzvertreter, die die Wahl angenommen haben, mindestens zwei Wochen lang in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsicht der Mitglieder auszulegen (§ 31 Abs. 9 der Satzung). <sup>2</sup>Die Auslegung ist in dem in der Satzung bestimmten öffentlichen Blatt gem. § 43 Abs. 2 der Satzung bekannt zu machen. <sup>3</sup>Auf Verlangen ist jedem Mitglied unverzüglich eine Abschrift der Liste auszuhändigen; hierauf ist in der Bekanntmachung über die Auslegung der Liste hinzuweisen (§ 31 Abs. 9 der Satzung).

### § 14 Wahlanfechtung

<sup>1</sup>Jedes wahlberechtigte Mitglied kann innerhalb einer Frist von einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist (§ 13) bei dem Wahlvorstand die Wahl schriftlich anfechten, wenn gegen zwingende Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, die Satzung oder der Wahlordnung verstoßen worden ist. <sup>2</sup>Die Wahlanfechtung ist nicht begründet, wenn durch den gerügten Verstoß das Wahlergebnis nicht beeinflusst wird. <sup>3</sup>Über die Anfechtung entscheidet der Wahlvorstand. <sup>4</sup>Er gibt dem Anfechtenden seine Entscheidung schriftlich bekannt.

### § 15 Inkrafttreten der Wahlordnung

Die Vertreterversammlung hat gemäß § 43a Abs. 4 GenG durch Beschluss vom 25.04.2024 der Wahlordnung zugestimmt. Sie tritt mit dieser Beschlussfassung in Kraft.



Chemnitzer  
Siedlungsgemeinschaft eG

**Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG**  
Hoffmannstraße 47  
09112 Chemnitz

Tel.: 0371 38222-0

Web: [www.siedlungsgemeinschaft.de](http://www.siedlungsgemeinschaft.de)  
Mail: [info@siedlungsgemeinschaft.de](mailto:info@siedlungsgemeinschaft.de)



... genau *mein* Stil  
wohnen.sparen.